



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Landesverband Sachsen-Anhalt
Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg

vorab per E-Mail: Johannes.Resch@t-online.de
Bündnis „Rettet die Familien“
Herrn Dr. Johannes Resch
Heidigweg 57a
63743 Aschaffenburg

Landesverband Sachsen-Anhalt
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg

Fon: 0391 – 53656 – 0
Fax: 0391 – 53656 – 10
lv.sachsen-anhalt@spd.de
www.spdlsa.de

Deutsche Bank Magdeburg
IBAN DE67810700240118710300
BIC DEUTDE33MAG

Magdeburg, den 28. Januar 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Resch,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016.

Ich habe die Landtagsfraktion gebeten, Ihnen ausführlich zu antworten.

Unsere Stellungnahme finden Sie anliegend. Gerne stehe ich Ihnen auch als Ansprechpartnerin und für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Petra Grimm-Benne

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Fragen des Bündnisses "Rettet die Familien"

1. Betreuungsgeld

- *Wird sich Ihre Partei im Landtag dafür einsetzen, dass in Sachsen-Anhalt ein Landesbetreuungsgeld für Eltern, die ihre U3-Kinder selbst betreuen, eingeführt wird? Wenn ja, welche Höhe des Betreuungsgeldes strebt Ihre Partei an?*

Nein. Mit der SPD wird es in Sachsen-Anhalt kein Landesbetreuungsgeld geben. Ein solches würde auch dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Eltern in unserem Bundesland entgegenstehen. Im Gegenteil: die Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Bereich der unter 3jährigen ist nach wie vor groß. Schon jetzt nimmt Sachsen-Anhalt mit einer Betreuungsquote für diese Altersgruppe von 57,9% die Spitzenposition in Deutschland ein.

2. „Gleichstellungspolitik“

- *Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für eine Beseitigung der sich aufgrund des Elterngeldgesetzes ergebenden Diskriminierung von Eltern mehrerer Kinder einsetzen?*

Wir sehen keine Diskriminierung. Das Elterngeld war von Anfang an darauf ausgerichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit und auch die Einbindung der Väter bei der Betreuung von Säuglingen zu unterstützen. Familie zu haben und seine Frau oder sein Mann in einem Beruf zu stehen, sind für uns keine gegenseitigen Ausschlusskriterien.

Verantwortungsvolle Eltern werden immer zuallererst eine Entscheidung der Form der Betreuung ihres Kindes oder ihrer Kindern davon abhängig machen, ob es ihrem Nachwuchs auch gut mit dieser Entscheidung geht.

- *Wird sich Ihre Partei darüber hinaus für eine Gleichberechtigung der Mütter/ Väter einsetzen, die ihre Kinder länger als das erste Lebensjahr selbst betreuen?*

Es steht jedem frei, die Möglichkeiten der Kinderbetreuung zu nutzen oder die Kinder lieber vollständig allein zu Hause zu erziehen. Kinder in Kindertageseinrichtungen zu bringen heißt nicht, die Betreuung dieser vollständig in fremde Hände zu legen. Die Eltern, die das Angebot einer stundenweisen Betreuung gemeinsam mit anderen Kindern in Anspruch nehmen, erziehen ihre Kinder auch selbst.

In Sachsen-Anhalt wollen die meisten Eltern berufstätig sein. Deshalb auch die hohe Betreuungsquote bei den unter 3jährigen. Mit zunehmendem Alter der Kinder, steigt diese bis auf 96% an. Wir halten qualitative Kindertageseinrichtungen mit einem Bildungsprogramm für eine gute Entwicklungs- und Begegnungsmöglichkeit unter Gleichaltrigen und fördern diese daher vom Land. Jede Familie kann frei entscheiden, ob sie dieses Angebot annimmt oder nicht.

- *Hält es Ihre Partei für mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn der Staat über die gesetzliche Zuerkennung oder Nicht-Zuerkennung staatlicher Leistungen, Eltern in ihrer Entscheidung, wie sie ihre Kinder erziehen, zu beeinflussen versucht, wie das durch die Ausgestaltung des Elterngeldgesetzes und die einseitige Finanzierung der Fremdbetreuung geschieht?*

Der Staat beeinflusst die Eltern nicht. Auch schreibt er den Eltern nichts vor. Er macht lediglich ein Angebot. Ob die Eltern es annehmen oder nicht, liegt in deren eigenem Ermessen.

- *Wird sich Ihre Partei im Bundesrat auch über eine Korrektur der aktuellen „Gleichstellungspolitik“ hinaus, für einen Abbau der schon im 5. Familienbericht beschriebenen „strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ einsetzen? Wenn ja, in welcher Weise können Sie sich das vorstellen?*

Wir halten die Entwicklungen in der Gleichstellungspolitik für positiv, auch wenn noch nicht alles, was vorstellbar und wünschenswert wäre, umgesetzt werden konnte.

Bei der im 5. Familienbericht beschriebenen "strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien" kommt es auf die Betrachtung dieser Aussage an. Wir verstehen darunter, die in der Arbeitswelt eher als Nachteil angesehene Familienarbeit insgesamt. Damit ist nicht in erster Linie die vollständige Betreuung von Kindern zu Hause gemeint. Vielmehr wird darauf verwiesen, dass die von Müttern und Vätern geleistete Familienarbeit als Nachteil in einer auf Mobilität ausgerichteten Berufswelt angesehen wird, da als perfekter Arbeitnehmer nach wie vor der allzeit verfügbare, zeitlich unbegrenzt einsetzbare Single gilt. Diese einseitige Sichtweise wurde bemängelt und stellt eine Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien dar.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Erfahrungen der Eltern in der Erziehungs- und Betreuungsarbeit und die erlangten Kompetenzen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf höher bewertet werden. Die Erfahrungen und erlernten Fähigkeiten sind sowohl für die gesamte Gesellschaft als auch für die Wirtschaft von enormem Vorteil. Das wird leider viel zu wenig zur Kenntnis genommen. Die Erziehungszeit könnte auch als Qualifizierungszeit betrachtet und gewertet werden, die die jeweilige Person mit besonderen Fähigkeiten ausgestattet hat.